THE CATHOLIC CHURCH IN THE EUROPEAN UNION

Kapelle für Europa, Brüssel, 03. November 2026

Eröffnungsrede

Die Rolle der Kirchen in europäischen Entscheidungsgremien – Der christliche Auftrag für Demokratien in Europa –

DECORE-Abschlussveranstaltung, Erasmus+-Projekt –

Pater Manuel Barrios Prieto, Generalsekretär der COMECE

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, es ist mir eine große Freude, heute bei Ihnen zu sein und an der Abschlussveranstaltung des DECORE-Projekts teilzunehmen.

Lassen Sie mich zunächst ProRurE und all jenen gratulieren, die zu dieser Initiative beigetragen haben. Die Stärkung demokratischer Kompetenzen für nachhaltige ländliche Räume in und für Europa ist ein sehr wichtiges Unterfangen, und es freut mich besonders zu sehen, dass es Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern, unterschiedlichen christlichen Traditionen und unterschiedlichen beruflichen Hintergründen zusammenbringt.

Ich möchte auch die langjährige Beziehung zwischen ProRurE und der COMECE würdigen. Seit 2016 hatten wir mehrfach Gelegenheit, uns zu treffen, und ich bin dankbar für das Engagement, das Sie stets für die Stärkung des europäischen Projekts gezeigt haben, insbesondere indem Sie den länd-lichen Gemeinschaften eine Stimme gegeben haben.

Der Titel der Sitzung an diesem Nachmittag ist ehrgeizig: **Die Rolle der Kirchen in europäischen Entscheidungsgremien – Das christliche Mandat für Demokratien in Europa.** Ich möchte dieses Thema aus drei Perspektiven beleuchten:

1. welche Art von Europa wollen wir aufbauen?
2. welchen Beitrag können die christlichen Kirchen zum Wohlergehen unserer Demokratien leisten?
3. wie lässt sich dieser Beitrag in ein konkretes Engagement gegenüber den europäischen politischen Institutionen umsetzen?

Ich hoffe, dass diese Überlegungen Anregungen für unsere Diskussion und vor allem für Ihre eigene Arbeit in Ihren jeweiligen Ländern und Gemeinschaften liefern werden.

1. Europa: ein Projekt des Friedens, der Freiheit und der Solidarität

Lassen Sie mich mit einer grundlegenden Feststellung beginnen: Die Europäische Union ist weit mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft oder ein Binnenmarkt. Natürlich sind der Binnenmarkt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und gemeinsame Institutionen wesentliche Errungenschaften. Sie haben enorm zu Wohlstand, Stabilität und Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern beigetragen. Doch sie erklären nicht die tiefere Bedeutung der europäischen Integration. Das europäische Projekt entstand aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs. Seine Gründergeneration hatte erkannt, dass Frieden nicht allein durch die Unterzeichnung von Verträgen oder die Bekundung guter Absicht gesichert werden konnte. Es bedurfte eines tiefgreifenden Wandels in der Art und Weise, wie die europäischen Nationen miteinander umgingen. Ehemalige Feinde mussten lernen, zusammenzuarbeiten, Verantwortung zu teilen und letztlich eine gemeinsame Zukunft aufzubauen.

Übersetzung: Deepl- online Übersetzungsdienst, Layout: Veronika Stich, DECORE

Persönlichkeiten wie Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi hatten erkannt, dass Versöhnung nicht nur eine politische Notwendigkeit war. Sie war auch eine moralische Verpflichtung. Ihre christlichen Überzeugungen halfen ihnen, die Würde jedes Menschen, die Bedeutung der Solidarität und die Notwendigkeit, nationale Gegensätze zu überwinden, anzuerkennen.

Deshalb hatte das europäische Projekt schon immer eine spirituelle und moralische Dimension, auch wenn die Europäische Union kein religiöses Projekt ist und offen bleiben muss für Bürger aller Glaubensrichtungen und Weltanschauungen.
Die Europäische Union gründet sich auf Werte. Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union nennt die Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte als ihre Grundwerte. Das sind nicht nur Worte in einem Vertrag. Sie sind die Grundlagen einer politischen Gemeinschaft. Und sie müssen ständig in die Praxis umgesetzt werden.

Heute müssen wir uns jedoch fragen, ob wir uns der historischen und moralischen Bedeutung des europäischen Projekts ausreichend bewusst sind. Wir leben in einer Zeit des Krieges auf unserem Kontinent. Russlands Aggression gegen die Ukraine hat uns daran erinnert, dass Frieden, Freiheit und nationale Souveränität nicht als selbstverständlich angesehen werden dürfen. Wir sehen uns mit Instabilität in unserer Nachbarschaft, wachsenden geopolitischen Spannungen, wirtschaftlichem Wettbewerb und neuen Bedrohungen für unsere Sicherheit konfrontiert. Gleichzeitig sind unsere Gesellschaften von tiefen Spaltungen geprägt. Das Vertrauen in demokratische Institutionen schwindet vielerorts. Die politische Debatte polarisiert sich zunehmend, und die Versuchung, sich auf nationale Interessen zurückzuziehen, wächst.
Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass wir etwas von der ursprünglichen Inspiration der europäischen Integration wiedergewinnen müssen. Europa muss ein Projekt des Friedens, der Versöhnung und der Solidarität bleiben. Es muss eine Gemeinschaft sein, in der die Stärke des Ganzen nicht auf Kosten der Würde oder Identität ihrer einzelnen Mitglieder geht. Und das bringt mich zu einer zweiten Feststellung:
Ein demokratisches Europa kann nicht allein durch Institutionen aufrechterhalten werden.

2. Die Herausforderungen für unsere Demokratien

Demokratie wird oft in erster Linie unter institutionellen Gesichtspunkten verstanden: Wahlen, Parlamente, Regierungen, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung. Diese sind unverzichtbar. Demokratie ist aber auch eine Kultur, eine Art des Zusammenlebens und der Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwohl. Sie erfordert Bürger, die bereit sind, sich zu beteiligen, anderen zuzuhören, legitime Meinungsverschiedenheiten zu akzeptieren und Lösungen im Dialog, statt durch Konfrontation zu suchen. Diese demokratische Kultur steht derzeit unter Druck. Wir erleben ein Erstarken von Populismus, Polarisierung und Nationalismus.
Politische Gegner werden zunehmend nicht mehr nur als Menschen mit anderen Meinungen dargestellt, sondern als Feinde.
Die öffentliche Debatte wird mitunter auf Parolen, Anschuldigungen und die Manipulation von Ängsten reduziert. Desinformation und die rasche Verbreitung irreführender Informationen über digitale Plattformen verschärfen diese Situation noch weiter.

Übersetzung: Deepl- online Übersetzungsdienst, Layout: Veronika Stich, DECORE

Wir sollten uns auch bewusst machen, dass diese Entwicklungen nicht aus dem Nichts entstehen. Viele Menschen haben das Gefühl, dass politische Institutionen weit von ihrem Alltag entfernt sind. Sie glauben, dass Entscheidungen anderswo getroffen werden, von Menschen, die ihre Sorgen nicht verstehen. Sie erleben wirtschaftliche Unsicherheit, soziale Ausgrenzung und einen Vertrauensverlust in die Zukunft.

Dieses Gefühl ist besonders wichtig, wenn wir über ländliche Gebiete sprechen. Allzu oft werden ländliche Gemeinden als peripher wahrgenommen: als Orte, die Unterstützung benötigen, anstatt als Orte, die einen wertvollen Beitrag zur Zukunft Europas leisten können.

Doch ländliche Gebiete sind für die Identität und Nachhaltigkeit Europas unverzichtbar.

Sie sind die Heimat wichtiger landwirtschaftlicher und wirtschaftlicher Aktivitäten, kultureller Traditionen, lokaler Vereine, Schulen, Kirchengemeinden und anderer Gemeinschaften. Sie bewahren Formen sozialer Solidarität und Teilhabe, die in größeren städtischen Umgebungen mitunter geschwächt sind.
Natürlich stehen ländliche Gebiete auch vor ernsthaften Herausforderungen: Bevölkerungsrückgang, Überalterung, eingeschränkter Zugang zu Dienstleistungen, unzureichende Infrastruktur, Schwierigkeiten bei der Suche nach Arbeitsplätzen und Bildungsmöglichkeiten sowie manchmal das Gefühl, politisch im Stich gelassen zu werden. Wenn die Menschen in ländlichen Gebieten das Gefühl haben, dass ihre Anliegen nicht gehört werden, dass ihr Beitrag unterbewertet wird und dass über die Zukunft ohne sie entschieden wird, sollten wir uns nicht wundern, wenn die Frustration wächst und politische Extreme fruchtbaren Boden finden.

Deshalb ist die Arbeit von ProRurE und des DECORE-Projekts so wichtig. Die Stärkung demokratischer Kompetenzen in ländlichen Gebieten ist keine nebensächliche Bildungsmaßnahme. Sie ist ein Beitrag zur Widerstandsfähigkeit der europäischen Demokratie selbst. Wir müssen sicherstellen, dass die Menschen in Dörfern und kleineren Gemeinden nicht nur Empfänger europäischer Politik sind, sondern aktiv an der Gestaltung der Zukunft ihrer Gesellschaften mitwirken. Demokratie braucht Teilhabe. Und Teilhabe setzt voraus, dass die Menschen das Gefühl haben, dass ihre Stimme zählt.

3. Der christliche Auftrag zur Demokratie

Was ist also der spezifische Beitrag, den Christen und die Kirchen leisten können? Ich möchte zunächst daran erinnern, dass sich die Kirche nicht mit einem bestimmten politischen System, einer Partei oder einer Ideologie identifiziert. Sie strebt auch nicht danach, politische Macht auszuüben. Die Mission der Kirche ist eine andere. Sie ist dazu berufen, das Evangelium zu verkünden, dem Menschen zu dienen und zum Aufbau einer Gesellschaft beizutragen, in der jeder Mensch in Würde leben kann. Doch diese Mission hat eine unvermeidliche soziale und öffentliche Dimension. Der christliche Glaube lässt sich nicht auf eine Privatsache reduzieren, die völlig vom gesellschaftlichen Leben getrennt ist. Das Evangelium hat etwas dazu zu sagen, wie wir miteinander umgehen, wie wir unsere wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen gestalten, wie wir Autorität ausüben und wie wir uns um die Schwachen kümmern. Der christliche Beitrag zur Demokratie besteht daher nicht darin, der Gesellschaft ein religiöses Programm aufzuzwingen. Es geht vielmehr darum, eine Vision vom Menschen und vom Gemeinwohl in das öffentliche Leben einzubringen.

Übersetzung: Deepl- online Übersetzungsdienst, Layout: Veronika Stich, DECORE

Lassen Sie mich fünf Grundsätze der katholischen Soziallehre hervorheben, die meiner Meinung nach besonders relevant sind.

Erstens: die Würde des Menschen.
Jeder Mensch besitzt eine ihm innewohnende Würde, die nicht von Nationalität, sozialem Status, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Religionszugehörigkeit oder politischen Ansichten abhängt. Dieser Grundsatz ist für die Demokratie von grundlegender Bedeutung. Er erinnert uns daran, dass politische Institutionen dazu da sind, den Menschen zu dienen, und nicht umgekehrt. Er fordert uns zudem heraus, jeder Form von Ausgrenzung, Diskriminierung und Entmenschlichung entgegenzu-treten.

Zweitens: das Gemeinwohl.
Politik darf nicht auf den Wettbewerb zwischen Partikularinteressen reduziert werden. Ihr Zweck besteht darin, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen sich Einzelpersonen und Gemein-schaften entfalten und gedeihen können. Dies erfordert ein Verantwortungsbewusstsein, das über den individuellen oder nationalen Vorteil hinausgeht. In einem zunehmend vernetzten Europa kann das Gemeinwohl nicht auf die Interessen eines einzigen Landes oder einer einzigen Generation beschränkt werden. Es erfordert auch Solidarität mit denjenigen, die ärmer, schutzbedürftiger oder stärker den Folgen von Entscheidungen ausgesetzt sind, die anderswo getroffen werden.

Drittens: Solidarität.
Solidarität ist mehr als Großzügigkeit oder gelegentliche Hilfe. Sie ist die Erkenntnis, dass wir füreinander verantwortlich sind. Sie ist besonders relevant in einer Europäischen Union, in der Länder und Regionen unterschiedliche wirtschaftliche Kapazitäten und soziale Gegebenheiten aufweisen. Ein Europa, in dem die stärkeren Regionen florieren, während andere zurückbleiben, wird letztendlich seinen gemeinsamen Sinn verlieren.

Viertens: Subsidiarität.
Dieser Grundsatz ist für unsere heutige Diskussion von besonderer Bedeutung. Die Subsidiarität erinnert uns daran, dass Entscheidungen so nah wie möglich an den Betroffenen getroffen werden sollten und dass Familien, lokale Gemeinschaften, Vereine und zwischengeschaltete Stellen die Möglichkeit haben sollten, ihre jeweiligen Aufgaben wahrzunehmen. Sie ist daher ein Schutz vor übermäßiger Zentralisierung. Die Subsidiarität hat aber auch eine positive Dimension: Wenn Einzelpersonen, lokale Gemeinschaften oder nationale Behörden ein Problem allein nicht angemessen lösen können, haben übergeordnete Verwaltungsebenen die Verantwortung, einzugreifen und Unterstützung zu leisten. Subsidiarität und Solidarität müssen daher Hand in Hand gehen. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Zukunft ländlicher Gebiete. Lokale Gemeinschaften sollten nicht einfach als Verwaltungseinheiten behandelt werden, die Anweisungen von oben erhalten. Sie sollten als Orte der Initiative, der Teilhabe und der Verantwortung anerkannt werden.

Fünftens: Teilhabe.
Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, zum gesellschaftlichen Leben beizutragen. Teilhabe beschränkt sich nicht darauf, alle paar Jahre seine Stimme abzugeben. Sie umfasst das Engagement in lokalen Vereinen, ehrenamtlichen Organisationen, Bildungsinitiativen, religiösen Gemeinschaften und bürgerschaftlichen Aktivitäten.

Übersetzung: Deepl- online Übersetzungsdienst, Layout: Veronika Stich, DECORE

Dies ist einer der Gründe, warum ich der Arbeit christlicher Organisationen und Bildungsträger so große Bedeutung beimesse. Sie helfen den Menschen, nicht nur Wissen und Fähigkeiten zu erwer-ben, sondern auch die Fähigkeit, zuzuhören, zusammenzuarbeiten, Verantwortung zu übernehmen und sich konstruktiv am öffentlichen Leben zu beteiligen. Diese fünf Grundsätze stellen kein vorge-fertigtes politisches Programm dar. Sie bieten Kriterien zur Bewertung politischer Entscheidungen und sollen Bürgern und Institutionen dabei helfen, auf eine humanere Gesellschaft hinzuarbeiten. Sie zeigen auch, warum der christliche Auftrag zur Demokratie im Grunde ein Auftrag zum Dienst ist.

4.Wie beteiligt sich die COMECE an der europäischen Entscheidungsfindung?

Lassen Sie mich nun auf die praktische Dimension dieses Beitrags eingehen. Die COMECE, die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union, vereint die katholischen Bischofs-konferenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Unsere Aufgabe besteht darin, den europäischen Integrationsprozess zu begleiten und uns daran zu beteiligen, indem wir die Anliegen, Überlegungen und Beiträge der katholischen Kirche in den Dialog mit den europäischen Institutionen einbringen.
Wir erheben nicht den Anspruch, für alle Christen oder alle Religionsgemeinschaften zu sprechen. Wir vertreten die katholischen Bischofskonferenzen im Rahmen unseres Mandats. Gleichzeitig halten wir die Zusammenarbeit mit anderen Kirchen und christlichen Organisationen für unerlässlich.

Die Europäische Union ist eine pluralistische Gesellschaft, und die christlichen Kirchen tragen die Verantwortung, wo immer möglich zusammenzuarbeiten, um Frieden, Menschenwürde, Solidarität und das Gemeinwohl zu fördern.

Eine der wichtigsten rechtlichen Grundlagen für unser Engagement ist Artikel 17 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Artikel 17 anerkennt den Status von Kirchen und religi-ösen Vereinigungen oder Gemeinschaften nach nationalem Recht. Er sieht außerdem vor, dass die Europäische Union einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit Kirchen und religiösen Vereinigungen führt.

Diese Bestimmung ist wichtig, da sie anerkennt, dass Kirchen nicht einfach private Organisationen oder Interessengruppen sind. Sie sind Gemeinschaften mit einer besonderen Identität, einer lang-jährigen Präsenz in den europäischen Gesellschaften und einem Beitrag zum Gemeinwohl.

Artikel 17 erkennt auch die Rolle philosophischer und nichtkonfessioneller Organisationen an und stellt sicher, dass der Dialog im breiteren Rahmen des europäischen Pluralismus stattfindet.

Für die COMECE ist dieser Dialog kein Selbstzweck. Er ist ein Mittel, um zur Qualität der europäischen Entscheidungsfindung beizutragen. Wie sieht das in der Praxis aus?

Wir pflegen regelmäßige Kontakte zur Europäischen Kommission, zum Europäischen Parlament und zum Rat der Europäischen Union. Wir treffen uns mit EU-Kommissaren, Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Vertretern der rotierenden Ratspräsidentschaften und anderen politischen Entscheidungsträgern.

Übersetzung: Deepl- online Übersetzungsdienst, Layout: Veronika Stich, DECORE

Wir organisieren Austauschveranstaltungen, Konferenzen und Konsultationen. Wir verfassen Erklärungen, Positionspapiere und Beiträge zu legislativen und politischen Initiativen. Doch der vielleicht wichtigste Aspekt unserer Arbeit besteht darin, dass wir versuchen, eine Perspektive in politische Diskussionen einzubringen, die andernfalls möglicherweise übersehen würde.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen.

Wenn wir über Migration sprechen, betonen wir, dass die Steuerung von Grenzen und Migrationsströmen mit der Achtung der Menschenwürde, dem Schutz der Grundrechte und der Solidarität mit Menschen in prekären Lebenssituationen einhergehen muss.

Wenn wir über Wirtschaft, Beschäftigung und Sozialpolitik sprechen, erinnern wir daran, dass die Wirtschaftstätigkeit dem Menschen dienen muss und dass der Erfolg der europäischen Politik nicht ausschließlich an Wettbewerbsfähigkeit oder Wachstum gemessen werden darf.

Wenn wir über Umwelt und ökologischen Wandel sprechen, lassen wir uns von der Enzyklika „Laudato si'" von Papst Franziskus und seinem Verständnis einer integralen Ökologie leiten: der engen Verbindung zwischen der Bewahrung der Schöpfung, sozialer Gerechtigkeit und der Würde des Menschen.

Wenn wir über künstliche Intelligenz und den digitalen Wandel sprechen, betonen wir, dass der technologische Fortschritt im Dienst der Menschheit stehen muss. Innovation darf nicht als absoluter Wert an sich betrachtet werden. Wir müssen uns fragen, welche Art von Gesellschaft wir schaffen und ob technologische Entwicklungen die Menschenwürde, die Freiheit und die Verantwortung achten.

Und wenn wir über Sicherheit und Verteidigung sprechen, insbesondere im Zusammenhang mit der Aggression Russlands gegen die Ukraine, erkennen wir die Verantwortung der europäischen Länder an, ihre Bürger zu schützen und den Frieden zu verteidigen. Gleichzeitig bestehen wir darauf, dass Sicherheit stets mit dem Völkerrecht, dem Schutz des menschlichen Lebens und dem Streben nach einem gerechten und dauerhaften Frieden verbunden bleiben muss.

Dies sind konkrete Beispiele dafür, wie die Kirche zur politischen Debatte beitragen kann, ohne im parteipolitischen Sinne zu einem politischen Akteur zu werden. Wir streben nicht danach, gewählte Vertreter zu ersetzen oder Entscheidungen zu treffen, die demokratischen Institutionen obliegen. Unsere Rolle besteht darin, ethische Überlegungen, die Erfahrungen unserer Gemeinschaften und die Perspektive der katholischen Soziallehre in die öffentliche Diskussion einzubringen.

Und ich möchte betonen, dass dieser Dialog auf Gegenseitigkeit beruhen muss.
Die Kirchen müssen bereit sein, den politischen Entscheidungsträgern zuzuhören, die Komplexität ihrer Verantwortung zu verstehen und konstruktiv mit Menschen zusammenzuarbeiten, die unsere Überzeugungen nicht teilen.

Dialog bedeutet nicht, dass wir immer einer Meinung sind.

Er bedeutet, einander als Partner bei der Suche nach dem Gemeinwohl anzuerkennen.

Übersetzung: Deepl- online Übersetzungsdienst, Layout: Veronika Stich, DECORE

5. Ein ökumenischer Beitrag in einem pluralistischen Europa

Ich möchte auch die ökumenische Dimension dieser Arbeit hervorheben. Die COMECE ist eine katholische Organisation, doch wir glauben nicht, dass der Beitrag des Christentums zu Europa isoliert geleistet werden kann. Die Europäische Union vereint Länder mit unterschiedlichen religiösen Geschichten und Traditionen. Katholische, protestantische und orthodoxe Christen haben alle zum kulturellen, geistlichen und sozialen Erbe Europas beigetragen. Auch andere Religionsgemeinschaften und Menschen ohne Religionszugehörigkeit sind Teil unserer Gesellschaften. Wir müssen daher Beziehungen des Vertrauens und der Zusammenarbeit aufbauen.

Auf europäischer Ebene arbeitet die COMECE regelmäßig mit der Konferenz Europäischer Kirchen zusammen, in der protestantische, orthodoxe und anglikanische Kirchen vertreten sind, sowie mit anderen christlichen Organisationen.
Diese Zusammenarbeit ist besonders wichtig bei der Auseinandersetzung mit Fragen, die die gesamte Gesellschaft betreffen: Frieden, Religionsfreiheit, Schutz der Menschenwürde, Migration, soziale Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung und die Zukunft der Demokratie.

Wir mögen unterschiedliche theologische Traditionen und institutionelle Strukturen haben, doch wir teilen viele gemeinsame Verantwortlichkeiten. Unser gemeinsames Zeugnis ist besonders wichtig in einer Gesellschaft, in der Religion manchmal als etwas angesehen wird, das ausschließlich in den privaten Bereich gehört. Wir sollten keine Privilegien für Religionsgemeinschaften anstreben. Aber wir sollten auch nicht hinnehmen, dass ihr Beitrag zum öffentlichen Leben als irrelevant angesehen wird.
Eine pluralistische Gesellschaft ist keine, in der religiöse Überzeugungen unsichtbar sind. Es ist eine Gesellschaft, in der Menschen und Gemeinschaften mit unterschiedlichen Überzeugungen frei und verantwortungsbewusst zum Gemeinwohl beitragen können. Genau das ist der Geist von Artikel 17: ein offener, transparenter und regelmäßiger Dialog, der auf der Anerkennung der spezifischen Identität jedes Partners beruht.

6. Ländliche Gemeinden, Bildung und die Zukunft Europas

Lassen Sie mich kurz auf den besonderen Schwerpunkt Ihres Projekts zurückkommen. Ich bin der Überzeugung, dass die Kirchen eine wichtige Verantwortung gegenüber den ländlichen Gemeinden tragen. In ganz Europa gehören Pfarreien, religiöse Vereinigungen, Schulen, karitative Organisationen und lokale christliche Initiativen oft zu den wenigen Institutionen, die in kleineren Städten und Dörfern nach wie vor stark vertreten sind. Sie sind nicht nur Anbieter religiöser Dienste. Sie sind auch Orte der Begegnung, der Solidarität, der Bildung und des Gemeinschaftslebens. Sie können Men-schen helfen, Isolation zu überwinden, benachteiligte Familien unterstützen, Neuankömmlinge will-kommen heißen und Möglichkeiten für den Dialog zwischen den Generationen schaffen.
Sie können auch zum demokratischen Leben der lokalen Gemeinschaften beitragen. Dies ist besonders wichtig für junge Menschen. Wir sprechen oft von jungen Menschen als der Zukunft Europas. Das ist wahr, aber wir dürfen nicht vergessen, dass sie auch Teil der Gegenwart Europas sind. Sie brauchen Möglichkeiten, sich einzubringen, ihre Anliegen zu äußern und Verantwortung zu über-nehmen. Sie müssen entdecken, dass Europa nicht einfach etwas ist, das in Brüssel, Straßburg oder den nationalen Hauptstädten beschlossen wird.

Übersetzung: Deepl- online Übersetzungsdienst, Layout: Veronika Stich, DECORE

Europa entsteht auch in ihren Schulen, Vereinen, Pfarreien, Universitäten, ehrenamtlichen Organisationen und lokalen Gemeinschaften.

Bildungsinitiativen wie DECORE sind daher besonders wertvoll. Demokratische Kompetenzen lassen sich nicht allein durch das Lesen über demokratische Institutionen erwerben. Sie entwickeln sich durch Erfahrung: durch das Lernen, zusammenzuarbeiten, unterschiedlichen Perspektiven zuzuhören, Meinungsverschiedenheiten zu lösen, Initiativen zu ergreifen und Verantwortung zu übernehmen. Und das bringt uns zurück zur Bedeutung der Subsidiarität.
Ein starkes Europa braucht keine schwachen lokalen Gemeinschaften. Im Gegenteil: Europa wird stärker sein, wenn seine Regionen, Städte, Dörfer und Vereine ihren vollen Beitrag leisten können. Ich möchte Sie auch ermutigen, darüber nachzudenken, wie die Kirchen den Menschen helfen können, sich den Herausforderungen des digitalen und ökologischen Wandels zu stellen.

Künstliche Intelligenz beispielsweise verändert Bildung, Beschäftigung, Kommunikation und sogar die Art und Weise, wie wir menschliche Beziehungen verstehen. Ländliche Gemeinschaften dürfen bei diesen Entwicklungen nicht zurückgelassen werden. Sie sollten Zugang zu den Möglichkeiten haben, die die Technologie bietet, und gleichzeitig in der Lage sein, deren Risiken zu erkennen. Ebenso muss der ökologische Wandel gerecht sein und die Lebensrealitäten der Menschen in ländlichen Gebieten berücksichtigen, darunter Landwirte, kleine Unternehmen und Familien, die von lokalen wirtschaftlichen Aktivitäten abhängig sind.

Ein Wandel, der nicht auf die unmittelbar Betroffenen hört, birgt die Gefahr, neue Spaltungen zu schaffen. Ein Wandel, der auf Dialog, Teilhabe und Solidarität gründet, kann hingegen zu einer Chance für Erneuerung werden.

7. Unser Auftrag für ein vereintes Europa

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einer abschließenden Überlegung schließen. Wenn wir über die Zukunft Europas sprechen, konzentrieren wir uns manchmal fast ausschließlich auf politische und institutionelle Fragen: Wie lässt sich die Union reformieren, wie lassen sich ihre Kompetenzen stärken, wie lässt sich ihre Entscheidungsfindung verbessern oder wie lässt sich auf internationale Herausforderungen reagieren? Diese Fragen sind wichtig.

Doch Europa braucht auch etwas Grundlegenderes: einen Sinn.

- Es braucht Bürger, die daran glauben, dass ein Zusammenleben trotz unserer Unterschiede möglich und lohnenswert ist.
- Es braucht Gemeinschaften, die sich nicht in sich selbst zurückziehen, sondern offen für andere bleiben.
- Es braucht politische Führungskräfte, die verstehen, dass ihre Verantwortung nicht einfach darin besteht, bestimmte Interessen zu verteidigen, sondern dem Gemeinwohl zu dienen.
- Und es braucht Kirchen, die bereit sind, ihren Beitrag zu leisten – nicht indem sie nach Macht oder Privilegien streben, sondern indem sie den Menschen dienen und der Gesellschaft helfen, jene Werte wiederzuentdecken, auf denen ein menschliches und versöhntes Europa aufgebaut werden kann.

Übersetzung: Deepl- online Übersetzungsdienst, Layout: Veronika Stich, DECORE

Der christliche Auftrag für ein vereintes Europa besteht nicht darin, Europa durch politische Macht christlich zu machen. Er besteht darin, gemeinsam mit Menschen anderer Überzeugungen zu einem Europa beizutragen, in dem die Menschenwürde geachtet wird, Solidarität gelebt wird, Freiheit mit Verantwortung einhergeht und Frieden ein gemeinsames Unterfangen bleibt. Dieser Auftrag ist heute besonders wichtig, da Krieg, Polarisierung und Unsicherheit unsere Gesellschaften auf die Probe stellen.

Wir sollten den Beitrag, den gewöhnliche Menschen leisten können, nicht unterschätzen. Ein Lehrer, der jungen Menschen hilft, Demokratie zu verstehen; ein ehrenamtlich Tätiger, der Menschen in einer ländlichen Gemeinde zusammenbringt; eine Kirchengemeinde, die Familien in Not unterstützt; ein Pädagoge, der Möglichkeiten für den interkulturellen Dialog schafft; ein junger Christ, der Verantwortung für die Zukunft seiner Gemeinschaft übernimmt: All dies sind konkrete Beiträge zum europäischen Projekt. Sie machen vielleicht keine Schlagzeilen. Aber sie tragen dazu bei, das soziale Gefüge zu schaffen, ohne das Demokratie nicht überleben kann.

Ich möchte daher ProRurE und allen Teilnehmern des DECORE-Projekts dafür danken, dass sie uns an diese wesentliche Dimension der europäischen Integration erinnern.

Übersetzung: Deepl- online Übersetzungsdienst, Layout: Veronika Stich, DECORE